

Berlin, 18. März 2026

EU Inc.: KI Bundesverband begrüßt Kommissionsvorschlag zum 28th Regime als Meilenstein für europäische Startups

Berlin — Der KI Bundesverband begrüßt den heute von der Europäischen Kommission vorgelegten Legislativvorschlag für EU Inc. als einen überfälligen und ambitionierten Schritt zur Stärkung des europäischen Binnenmarkts. Die neue, optionale EU-Unternehmensform soll es Gründerinnen und Gründern erstmals ermöglichen, innerhalb von 48 Stunden eine Gesellschaft zu gründen, die in allen 27 Mitgliedstaaten anerkannt wird — vollständig digital, ohne zwingende physische Beteiligung eines Notars und ohne Mindestkapitalanforderung. Standardisierte EU-Vorlagen sollen die bisherige Notarfunktion digital erfüllen.

„Der heutige Vorschlag ist ein echtes Signal an alle europäischen Gründerinnen und Gründer: Europa meint es ernst mit dem Binnenmarkt. Dass die Kommission den Mut hat, eine Verordnung vorzulegen und nicht nur eine Richtlinie, zeigt, dass die Botschaft angekommen ist — Fragmentierung ist der größte Standortnachteil, den wir haben. Für unsere über 600 Mitgliedsunternehmen bedeutet EU Inc. konkret: eine einzige Rechtsform, ein digitaler Registrierungspunkt und EU-weite Mitarbeiterbeteiligungsprogramme. Das sind genau die Instrumente, die europäische KI-Startups brauchen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.“

Rasmus Rothe, Vorstandsvorsitzender des KI Bundesverbands

Der KI Bundesverband und sein europäischer Dachverband, das European AI Forum (EAIF), hatten sich im September 2025 in einer gemeinsamen Konsultationsantwort für eine ambitionierte Ausgestaltung des 28th Regime eingesetzt. Zentrale Forderungen — darunter die Form einer Verordnung, digitale Gründung und harmonisierte Mitarbeiterbeteiligungsmodelle — finden sich im heutigen Vorschlag wieder.

Besonders positiv bewertet der Verband die geplante ESOP-Regelung: Mitarbeiteraktienoptionen sollen künftig erst beim Verkauf besteuert werden, nicht bereits bei der Zuteilung. Damit würde eine der größten Hürden bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte für europäische Startups beseitigt.

Gleichzeitig weist der KI Bundesverband darauf hin, dass der Vorschlag in einigen Bereichen noch nachgebessert werden muss. SAFE-Instrumente werden im Entwurf zwar erwähnt und grundsätzlich ermöglicht, jedoch fehlt ein wirklich standardisiertes, harmonisiertes EU-SAFE-Verfahren — eine zentrale Forderung des Verbands. Ebenso fehlen regulatorische Innovationszonen, die den Standort Europa gezielt für technologiegetriebene Unternehmen attraktiver machen könnten.

„Die Arbeit beginnt jetzt erst. Es wird darauf ankommen, den Vorschlag im Europäischen Parlament und im Rat gegen Verwässerung zu schützen. Wir werden uns aktiv in den Gesetzgebungsprozess einbringen, damit EU Inc. nicht an nationalen Partikularinteressen scheitert.“

Rasmus Rothe, Vorstandsvorsitzender des KI Bundesverbands

Die Kommission fordert eine Einigung zwischen Europäischem Parlament und Rat bis Ende 2026. Kommissionspräsidentin von der Leyen hat das Ziel „One Europe – one market – by 2028“ ausgegeben.

Über den KI Bundesverband

Der KI Bundesverband e.V. vertritt über 600 deutsche KI-Unternehmen – ausschließlich europäische Startups, Scale-ups und Mittelständler. Als Mitglied des European AI Forum (EAIF) vertritt der Verband zudem die Interessen von über 3.000 europäischen KI-Unternehmen auf EU-Ebene.

Pressekontakt:

KI Bundesverband e.V.
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
presse@ki-verband.de | www.ki-verband.de